

Bericht des Bundesministers für europäische und internationale Angelegenheiten an den Nationalrat betreffend Südtirol Autonomieentwicklung 2009-2013

Südtirol hat weiterhin einen **besonderen Stellenwert in der österreichischen Außenpolitik**, weshalb die Bundesregierung besonders begrüßt, dass es in der Südtirolpolitik einen **breiten Parteienkonsens** gibt. Die im **Pariser Vertrag vom 5. September 1946** verankerte **Schutzfunktion** Österreichs für Südtirol, die sich auch aus der nachfolgenden Rechtspraxis ergibt, wird **von der Bundesregierung verantwortungsbewusst wahrgenommen**. Durch den Paketabschluss und die Streitbeilegungserklärung ist in dieser österreichischen Grundüberzeugung bzw. Rechtsauffassung keine Veränderung eingetreten. Dies wurde der italienischen Seite gegenüber einmal mehr im November 2012 klargestellt, nachdem der italienische Regierungschef Mario Monti in einem Interview erklärt hatte, dass Südtirol ein inneritalienisches Problem sei und es keine Kompetenzen für Wien brauche.

Heute kommt der **Südtirol-Autonomie auf europäischer Ebene Modellfunktion** für die Lösung von Minderheitenkonflikten zu. Sie ist nunmehr gemeinsames Gut aller drei in Südtirol lebenden Sprachgruppen. Darüber hinaus besteht für Österreich kein Zweifel, dass die **Südtirol-Autonomie völkerrechtlich auch auf dem Selbstbestimmungsrecht beruht, das als fortbestehendes Recht von Südtirol in Form weitgehender Autonomie ausgeübt wird**. Die ausgezeichneten **bilateralen Beziehungen** zwischen Österreich und Italien kommen auch Südtirol zugute. So werden bei Zusammentreffen mit Vertretern der Republik Italien für Südtirol wichtige Angelegenheiten laufend thematisiert und im Bedarfsfall in enger Abstimmung mit der Südtiroler Landesregierung auch deren Anliegen – sofern sie die Schutzfunktion Österreichs berühren – mit Nachdruck unterstützt.

Im Berichtszeitraum fiel das „Gedenkjahr 2009“ in Erinnerung an den 200. Todestag von Andreas Hofer, dessen mit einem großen Festumzug am 20. September 2009 in Innsbruck mit über 100.000 Teilnehmern und Zuschauern gedacht wurde. Am 25. Mai 2010 verstarb Altlandeshauptmann Silvius Magnago im Alter von 96 Jahren. Ein weiterer Architekt der Südtirol Autonomie, der langjährige Landeshauptmannstellvertreter Alfons Benedikter, starb am 3. November 2010 im Alter von 92 Jahren. 2012 jährten sich die Annahme des 2. Autonomiestatuts zum 40. Mal und die Hinterlegung der Streitbeilegung durch Österreich und Italien bei den Vereinten Nationen im Jahr 1992 zum 20. Mal. Aus diesem Anlass fand am 19. Juni 2012 ein Festakt im österreichischen Parlament statt. Bundespräsident Fischer und Staatspräsident Napolitano wurde am 5. September 2012 vom Südtiroler Landeshauptmann der Große Verdienstorden des Landes Südtirol verliehen. Aus diesem Anlass trafen erstmals die Staatsoberhäupter Österreichs und Italiens auf Südtiroler Boden zusammen. 2013 gab es sowohl in Österreich als auch in Südtirol zahlreiche Veranstaltungen aus Anlass des Jubiläums „650 Jahre Tirol bei Österreich“.

1. Verhältnis Südtirols zu Rom: Mailänder Abkommen, Auswirkungen der Sparmaßnahmen auf Südtirol und weiterer Ausbau der Autonomie

Am 30. November 2009 unterzeichneten der Südtiroler Landeshauptmann Durnwalder, der Trentiner Landeshauptmann Dellai und der italienische Finanzminister Giulio Tremonti das so genannte „**Mailänder Abkommen**“. Dieses Abkommen sieht vor, dass **in der Regel 90% der in Südtirol eingenommenen Steuern dem Land rückerstattet** werden und dass **allfällige Änderungen im Konsultationswege zwischen Rom und Bozen** erfolgen. Da dieses Abkommen eine Abänderung des Autonomiestatuts bedeutete, hat Österreich – entsprechend dem expliziten Ersuchen des Südtiroler Landeshauptmannes und im Sinne der internationalen Verankerung der Südtirol-Autonomie – gegenüber der italienischen Regierung die notwendige Modifikation der im beiderseitigen Einvernehmen beschlossenen Autonomiebestimmung in Form einer Verbalnote der österreichischen Botschaft in Rom vom 23. Februar 2010 zustimmend zur Kenntnis genommen.

Ein ganze Reihe von **Budgetkonsolidierungsmaßnahmen** - insbesondere jene der Regierung unter Ministerpräsident Monti in den Jahren 2011 und 2012 - wurde jedoch **ohne vorherige Konsultationen** mit Südtirol beschlossen, obwohl sie über das Mailänder Abkommen hinausgehende **substantielle zusätzliche Einsparungen** für den Landeshaushalt vorsehen und Südtirol auch nicht an den Einnahmen aus den erhöhten Steuersätzen beteiligen. Die **Südtiroler Landesregierung hat daher sämtliche Maßnahmen** vor dem italienischen Verfassungsgerichtshof **angefochten**. Darüber hinaus wurde diese Verletzung des Autonomiestatuts wiederholt von der Bundesregierung angesprochen, u.a. von Vizekanzler und Außenminister Spindelegger bei seinem Besuch in Rom am 7. März 2012, von Bundeskanzler Faymann bei seinem Besuch in Rom am 24. Oktober 2012 sowie von Staatssekretär Lopatka bei seinem Besuch in Rom am 15. November 2012. Auch Bundespräsident Fischer thematisierte die Verletzung des Mailänder Abkommens bei seinem Zusammentreffen mit Staatspräsident Napolitano am 5. September 2012 in Meran.

Seit dem Amtsantritt der Regierung unter Ministerpräsident Letta im März 2013 hat sich das **Verhältnis** zwischen Bozen und Rom deutlich **entspannt**. So unterzeichneten am 5. August 2013 Ministerpräsident Letta und Landeshauptmann Durnwalder das so genannte „**Bozner Memorandum**“, das die weiteren Umsetzungsschritte einer Reihe von für Südtirol wichtigen Themen vorsieht. Diese betreffen u.a. die rasche Arbeitsaufnahme der 6er und 12er-Kommission, die Erarbeitung eines Gesetzesentwurfs zu zwei Raumordnungsthemen, die u.a. Auswirkungen auf die Gewerbeordnung haben, die Verwendung der Immobiliensteuer, den Grenzgemeindenfonds und die Durchführungsbestimmung zum Stilsfer-Joch-Nationalpark. Mittelfristig soll auch das Mailänder Abkommen mit dem Ziel, die Rolle der beiden autonomen Provinzen bei der Steuerverwaltung zu stärken und die Beteiligung an der Senkung des Staatsdefizits neu zu definieren, angepasst werden.

Die Raumordnungsthemen wurden sodann im September 2013 gelöst, und im Zuge der Verabschiedung des italienischen Stabilitätsgesetzes im Dezember 2013 gelang es **erstmals**, eine **primäre Zuständigkeit Südtirols für Lokalsteuern zu verankern**. Gemeinsam mit weiteren im Gesetz vorgesehenen Übertragungen von

Kompetenzen des Staates (Übergang der Zuständigkeit der Agenturen für Einnahmen, Zoll und Vermögen, Verwaltungspersonal bei Gericht und Gerichtsimmobilien, Verwaltung des Stilfserjoch Nationalparks) ist dies ein **wichtiger Schritt beim Ausbau der Südtirol-Autonomie**.

2. Ergebnis der Volkszählung 2011

2011 wurde in Südtirol die 15. Volks- und Wohnungszählung durchgeführt. Laut den im Juni 2012 veröffentlichten Daten gab es **nur sehr geringe Verschiebungen bei den drei Volksgruppen in Südtirol im Vergleich zu 2001**: 296.461 Personen bzw. **69,15% (+0,26%) sind der deutschen Sprachgruppe zugehörig**, 113.494 bzw. **26,47% (-0,41%) der italienischen** und 18.736 bzw. **4,37% (+0,16%) der ladinischen**. Die Volkszählung hat bestätigt, dass die ItalienerInnen vor allem in den Städten und eher im Süden des Landes leben, während es sich in den Tälern und kleineren Gemeinden um sehr kompakte deutschsprachige Siedlungsgebiete handelt. Die Volkszählung dient als Grundlage für die Festsetzung des im Autonomiestatut verankerten ethnischen Proporztes etwa bei der Aufnahme in den öffentlichen Dienst. Aufgrund der geringen Verschiebungen zur letzten Sprachgruppenerhebung wirkt sich dieses Ergebnis nur minimal aus.

3. Europaregion „Tirol-Südtirol-Trentino“

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Tirol, Südtirol und dem Trentino begann bereits in den frühen 1990er Jahren. Durch den **EU-Beitritt Österreichs** sind eine Reihe zusätzlicher Bindungen entstanden, die auch Südtirol zu Gute kommen. Weitere Meilensteine waren 1998 das Ende der Grenzkontrollen infolge von Österreichs **Schengen-Beitritt** und 2002 die Einführung des **Euro**. Am 15. Oktober 2009 beschloss die Regierungskonferenz der drei Landesregierungen in Innsbruck die Errichtung eines **gemeinsamen Büros in Bozen**; ein **gemeinsames Verbindungsbüro in Brüssel** besteht bereits seit 1995. Mit dem Beschluss des Ministerrats der Republik Italien vom 28. April **2011** wurde die Teilnahme der autonomen Provinzen Bozen-Südtirol und Trient am gemeinsamen **Europäischen Verbund territorialer Zusammenarbeit (EVTZ) „Europaregion Tirol-Südtirol-Trentino“** mit dem Bundesland Tirol genehmigt, wodurch die Zusammenarbeit entscheidend erleichtert wurde.

Die Europaregion ist heute Plattform und Schnittstelle der regionalen Zusammenarbeit und somit ein **gutes Beispiel für die praktische Anwendung europäischer Instrumentarien**. **Schwerpunktgebiete** der Zusammenarbeit sind **Bildung und Wissenschaft, Gesundheit und Infrastruktur, Wirtschaft und Tourismus, Umwelt, Jugend, Energie und Kultur**. Besonders hervorzuheben ist die enge Zusammenarbeit der Universitäten Innsbruck, Trient und Bozen. Am 10. Oktober 2013 übernahm **Tirol für zwei Jahre den Euregio-Vorsitz**.

4. Gegenseitige Anerkennung von Studientiteln

Auch in Bereichen, die weniger Beachtung finden, jedoch **große praktische Bedeutung** für SüdtirolerInnen haben, ist Österreich weiterhin für Südtirol engagiert, so etwa im Bereich der **akademischen Mobilität**, wo der Anerkennung der von SüdtirolerInnen in Österreich erworbenen Grade große Bedeutung zukommt.

Grundlage dafür bilden seit 1952 **Notenwechsel bzw. Abkommen** zwischen Österreich und Italien, wobei der Abschluss des jüngsten diesbezüglichen Notenwechsels mit weiteren 25 Studientiteln am 1. September 2012 in Kraft getreten ist.

5. Ortsnamen (Toponomastik)

a) Toponomastik-Landesgesetz

Paragraph 101 des Autonomiestatuts sieht die Erlassung eines Landesgesetzes zur Feststellung der deutschen Ortsnamen vor. Aufgrund der politischen Sensibilität des Themas gelang es jahrzehntelang nicht, ein derartiges Landesgesetz zu verabschieden. **Am 14. September 2012 nahm der Südtiroler Landtag** – nach unzähligen Verhandlungsrunden, Gutachten und Hearings – schließlich **das Toponomastik-Gesetz an**. Dies sieht die Errichtung eines Verzeichnisses der Ortsnamen des Landes Südtirol vor, wobei die Vorschläge dafür von den Bezirksgemeinschaften kommen sollen und die Entscheidung ein paritätisch besetzter Beirat bestehend aus je zwei deutsch-, ladinisch- und italienischsprachigen Experten treffen soll. **Die italienische Regierung hat das Gesetz vor dem Verfassungsgericht angefochten**. Der für Oktober 2013 vorgesehene **Verhandlungstermin** wurde vorerst **auf März 2014 verschoben**.

b) Alpine Wegweiser

Nach Unterzeichnung des so genannten „**Durnwalder-Fitto-Abkommens**“ am 22. September 2010 konnte der „**Schilderstreit**“ **um die Sprachverwendung bei Wegweisern des Südtiroler Alpenvereins** im Jahr 2011 von einer Gemischten Kommission und v.a. durch die direkten Gespräche zwischen Landeshauptmann Durnwalder und Regionenminister Fitto **weitgehend gelöst** werden. Durch den Regierungswechsel in Rom im November 2011 kam es damals zu keiner abschließenden Einigung über die noch offenen Namen.

Am 1. August 2013 unterzeichneten Regionenminister Delrio und Landeshauptmann Durnwalder in Rom ein Toponomastik-Abkommen (genannt „**Delrio**“-**Abkommen**), **auf dessen Basis im Rahmen weiterer Verhandlungen eine endgültige Lösung für die Toponomastik der Wegweiser und eine Beendigung des Rechtsstreites um das Landesgesetz gefunden werden soll**. So soll in der Frage der Wegschilder die Klärung der noch offenen 132 Namen erfolgen und beim Toponomastik-Gesetz eine Durchführungsbestimmung erarbeitet werden. Diese beiden Maßnahmen würden es der italienischen Regierung in der Folge ermöglichen, die Anfechtung des Landesgesetzes vor dem Verfassungsgericht zurückzuziehen.

6. Faschistische Relikte

2011 sicherte Kulturminister Bondi (der Regierung Berlusconi) der Südtiroler Landesregierung schriftlich eine weitgehende Freiheit im Umgang mit den faschistischen Relikten zu. In der Folge wurden an Beinhäusern erklärende Tafeln angebracht. 2012 einigten sich die Südtiroler Landesregierung und die Stadtverwaltung von Bozen darauf, die Krypta des Siegesdenkmals in Bozen zu einem Dokumentationszentrum auszubauen, wodurch das Denkmal in ein Mahnmahl

umgewandelt werden soll. Die Eröffnung des Dokumentationszentrums soll im Laufe des Jahres 2014 erfolgen. Für das Mussolini-Relief am Finanzgebäude in Bozen gibt es Pläne, dieses mit Milchglas abzudecken, wofür jedoch nach wie vor die schriftliche Einwilligung des Finanzministeriums, in dessen Besitz das Gebäude steht, fehlt.

7. Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen

Die österreichische Bundesregierung ist der Ansicht, dass die Einführung eines vereinfachten Erwerbs der österreichischen Staatsbürgerschaft für SüdtirolerInnen ohne Niederlassungserfordernis und bei gleichzeitiger Beibehaltung der italienischen Staatsbürgerschaft mit einer Reihe von **völkerrechtlichen und verfassungsrechtlichen Hürden sowie praktischen Schwierigkeiten** und einem **grundlegenden Systemwandel des österreichischen Staatsbürgerschaftsrechts** verbunden wäre. Die Frage wird daher in Österreich weiter eingehend geprüft.

Auch bei einem Experten-Hearing im Südtirol-Unterausschuss des Nationalrates am 22. März 2012 wurde diese Frage ausführlich erörtert.

8. Deutsch- und ladinischsprachige Abgeordnete im Parlament in Rom

Die **SVP** schloss im Vorfeld der italienischen Parlamentswahlen 2013 eine **Koalitionsvereinbarung mit dem Partito Democratico (PD)**. Bei den Parlamentswahlen am 24./25. Februar 2013 erreichte die SVP gemeinsam mit der Trentiner Autonomistenpartei PATT 44,7% der Stimmen in der Region Südtirol-Trentino und entsendet nunmehr vier Kammerabgeordnete und drei Senatoren nach Rom. Mit dem grünen Kammerabgeordneten Florian Kronbichler gibt es darüber hinaus erstmals einen weiteren deutschsprachigen Südtiroler Kammerabgeordneten, der nicht der SVP angehört.

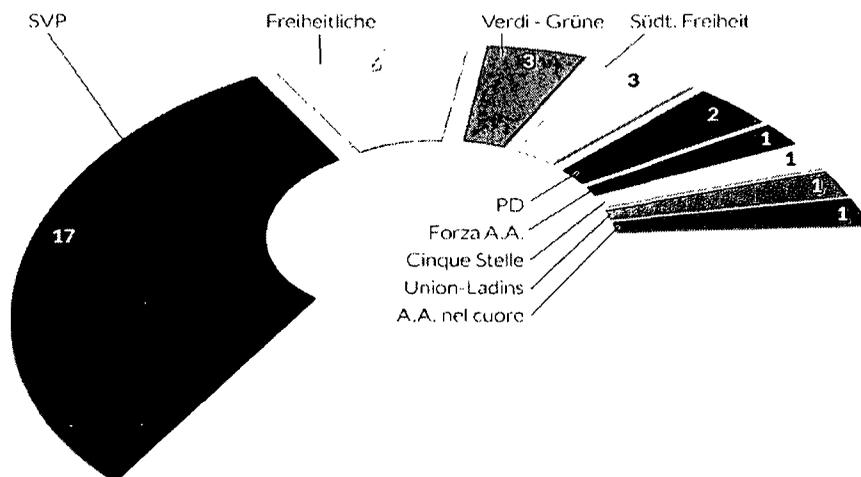
9. Südtiroler Landtagswahlen vom 27.10.2013

Am 27.10.2013 fanden Landtagswahlen in Südtirol statt. **Landeshauptmann Durnwalder**, der seit 1989 an der Spitze der Südtiroler Landesregierung stand, **trat nicht mehr zur Wahl an**. Spitzenkandidat der SVP war Gemeindeforumspräsident Dr. Arno Kompatscher, der aus einer parteiinternen Vorwahl als Sieger hervorgegangen war.

Die **SVP verlor erstmals** in ihrer Geschichte **die absolute Mehrheit**, blieb aber mit **45,7% stimmenstärkste** Liste, gefolgt von den **Freiheitlichen (17,9%)**, den **Grünen (8,7%)**, der **Süd-Tiroler Freiheit (7,2%)**, dem **Partito Democratico (6,7%)**, **Forza Alto Adige (2,5%)**, dem **Movimento 5 Stelle (2,5%)**, dem **Bündnis BürgerUnion - Ladins Dolomites - Wir Südtiroler (2,1%)** und **L'Alto Adige nel cuore (2,1%)**.

Die **SVP hat 1 Mandat verloren**, die **Freiheitlichen**, die **Grünen** und die **Süd-Tiroler Freiheit je 1** dazu gewonnen. **Neu ist 1 LTAvg. des M5S (Grillo)**, den Einzug verfehlt haben u.a. die Liste des ehemaligen Landtagspräsidenten Mauro Minniti (ehemals PdL, nun La Destra) sowie jene von Donato Seppi (Unitalia).

Die **Sitzverteilung im Landtag** sieht nun wie folgt aus:



Quelle: Südtiroler Landesregierung

Aufgrund der im Vergleich zu den deutschsprachigen SüdtirolerInnen geringeren Wahlbeteiligung der italienischsprachigen SüdtirolerInnen und infolge der Zersplitterung der italienischen Rechtsparteien sind nun **statt bisher 8 nur mehr 5 Abgeordnete der italienischen Sprachgruppe im Landtag** vertreten. Da gemäß Autonomiestatut die **Zusammensetzung der Landesregierung im Verhältnis zur Stärke der Sprachgruppen**, „wie sie im Landtag vertreten sind“, stehen muss, **steht der italienischen Sprachgruppe nun auch statt bisher zwei nur mehr ein Landesrat (und zugleich LHStv.) zu.**

Nach Sondierungsgesprächen mit allen Parteien hat die **SVP mit dem bisherigen italienischen Regierungspartner PD** Koalitionsgespräche geführt und am 30. Dezember 2013 das **Koalitionsabkommen** unterzeichnet. Der Verlust der absoluten Mehrheit bedeutet nun, dass die SVP auf die Stimmen des PD für die Mehrheit im Landtag angewiesen ist. Bis dato mussten zwar alle drei Sprachgruppen aufgrund der Bestimmungen des Autonomie-Statuts in der Landesregierung vertreten sein, doch war das Gewicht insbesondere des italienischen Koalitionspartners bei weitem geringer.

Die **Ressortzuständigkeiten** lauten wie folgt:

- **LH Arno Kompatscher:** Wirtschaft, Finanzen, Innovation und Außenbeziehungen
- **Erster LH-Stv. Christian Tommasini (Italiener/PD):** italienische Bildung und Kultur, Wohnbau und öffentliche Bauten
- **LH-Stv. Richard Theiner:** Umwelt und Energie
- **LRⁱⁿ Martha Stocker:** Wohlfahrt (Gesundheit, Soziales, Arbeit und Sport)
- **LR Arno Schuler:** Land- und Forstwirtschaft, Zivilschutz, Gemeinden
- **LR Philipp Achammer:** deutsche Bildung und Kultur, Integration
- **LRⁱⁿ Waltraud Deeg:** Familie und Verwaltungsorganisation
- **LR Florian Mussner (Ladiner):** ladinische Bildung und Kultur, Museen, Denkmäler, Vermögen, Verkehr

Der neue Landeshauptmann wurde am 9. Jänner 2014 vom Südtiroler Landtag gewählt, die restliche Landesregierung am 16. Jänner 2014. Neuer

Landtagspräsident ist seit 17. Jänner 2014 Thomas Widmann. Mit der Wahl von Landeshauptmann Kompatscher **endete die beinahe 25-jährige Amtszeit von Landeshauptmann Durnwalder.**

Als seine größten Erfolge nannte Durnwalder 1. den Paketabschluss und die dynamische Autonomie, 2. die erfolgreiche Umsetzung zahlreicher Infrastrukturprojekte, 3. das verbesserte Zusammenleben der Volksgruppen, 4. Die Europäisierung Südtirols und 5. die Europaregion über die Landesgrenzen hinweg. Durnwalder hinterlässt ein selbstbewusstes Land, dessen Wirtschaftsleistung, Lebensstandard, Infrastruktur, Sozial- und Bildungssystem beeindruckend sind und damit zu den führenden Regionen Europas gehört.